

## Antrag

### der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

#### **Die EU-Erweiterung als Gewinn begreifen – Sicherheit, Wohlstand und Stabilität in ganz Europa stärken**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 1. Mai 2004 werden acht mittelosteuropäische Länder sowie Malta und Zypern Mitglieder der Europäischen Union. Dies ist ein historischer Tag für Europa, auf den die Beitrittsländer und die Mitgliedstaaten mit aller Kraft hingearbeitet haben.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass bei den Beitrittsreferenden die Menschen mit hoher Wahlbeteiligung für die EU-Mitgliedschaft ihrer Länder gestimmt haben und sieht darin eine hohe demokratische Legitimität des Beitrittsprozesses.

Die Erweiterung schafft nicht nur stabile Rahmenbedingungen für Frieden und Freiheit, sondern auch für Sicherheit und Wohlstand in ganz Europa. Mit der Erweiterung wird fast 15 Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konflikts die Spaltung des europäischen Kontinents überwunden.

Diese Erweiterung ist mehr als nur eine Etappe in der Geschichte der europäischen Integration. Sie ist ein großer Bund für die Zukunft, für gemeinsamen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, für ein lebendiges Europa, das seine kulturelle Vielfalt mehrt und die Konflikte friedlich regelt. Die Europäische Union gewinnt an wirtschaftlicher Dynamik und internationaler Bedeutung. Der weltweit größte Binnenmarkt festigt die Stellung der europäischen Wirtschaft im globalen Wettbewerb. Bei den großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts hat Europa das Potenzial, den Interessen, Wünschen und Sehnsüchten von mehr als 450 Millionen Menschen eine noch gewichtigere Stimme in der Welt zu geben.

In den fast 15 Jahren seit dem Umbruch 1989/1991 ist der Frieden in der Europäischen Union und den neuen Mitgliedstaaten gesichert worden und die Stabilität hat sich erhöht. Damit wurden die Grundlagen dafür geschaffen, dass sich Alt- und Neumitglieder in den kommenden Jahren gemeinsam dafür einsetzen können, dass die europäische Wirtschaft wächst, stark und innovativ wird, die Beschäftigung zunimmt, die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität effektiver bekämpft, die Umwelt besser geschützt wird und die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen bewahrt bleiben. Dies alles ist möglich, weil sich die neuen Mitgliedstaaten in den Beitrittsverhandlungen mit der grundsätzlichen Übernahme der Rechte und Pflichten einverstanden erklärt haben, die heute in der Europäischen Union für die 15 Mitgliedstaaten gelten.

Mit Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern gewinnt die Europäische Union einen wichtigen Teil Europas hinzu. Polen ist das größte Beitrittsland dieses Erweiterungsprozesses und hat eine zentrale Bedeutung für die weitere Entwicklung in der Mitte und im Osten des Kontinents. Deutschland und Polen haben in den vergangenen Jahren eine verlässliche Partnerschaft entwickelt, die fortgeführt und ausgebaut werden muss. Sowohl bilateral wie auch im Rahmen des Weimarer Dreiecks ist eine intensive Kooperation mit Polen von entscheidender Bedeutung für unsere gemeinsame Zukunft in der Europäischen Union. Von entscheidender Bedeutung ist ebenso eine vertiefte Kooperation mit der Tschechischen Republik. Auch hier gilt es, die stetig gewachsene und verlässliche Partnerschaft weiter zu entwickeln. Grundlage dafür muss weiterhin die deutsch-tschechische Erklärung aus dem Jahre 1997 sein.

In einer Verantwortungsgemeinschaft zwischen den Altmitgliedern und den neuen Mitgliedstaaten muss dafür Sorge getragen werden, dass die Integration zum Nutzen aller Europäerinnen und Europäer gelingt und die Nachbarn im Osten Europas gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union am Gedeihen des europäischen Kontinents teilhaben können.

Der Deutsche Bundestag bedauert, dass Zypern nicht als Ganzes der Europäischen Union beitrifft und sich mit dieser Entscheidung Zukunftschancen vergeben hat. Die Europäische Union sollte Wege finden, die ökonomische Isolierung Nordzyperns zu durchbrechen und die wirtschaftliche und soziale Unterstützung zu verstärken. Der Deutsche Bundestag appelliert an den griechischen Teil Zyperns, diese Unterstützung konstruktiv zu begleiten und gemeinsam mit dem türkischen Teil eine künftige Lösung des Zypern-Problems voranzutreiben.

Mit dem Beitritt von zehn neuen Mitgliedstaaten zum 1. Mai 2004 ist die Erweiterung nicht vollendet. Bulgarien und Rumänien sind für die Stabilität Südosteuropas von entscheidender Bedeutung. Jedes der beiden Länder hat es selbst in der Hand, dass das angestrebte und von der Europäischen Union unterstützte Zieldatum des Beitritts im Jahr 2007 gelingt. Der Deutsche Bundestag ruft die Menschen, die Politik und die Parlamente dieser Länder auf, in ihren Anstrengungen nicht nachzulassen und alles zu tun, damit die Vollendung dieser großen Erweiterungsrunde mit Bulgarien und Rumänien gelingt.

Der Deutsche Bundestag bekräftigt auch die Beitrittsperspektive Albaniens, Bosnien-Herzegowinas, Mazedoniens und Serbien-Montenegros. Die Heranführungspolitik der EU und die Anstrengungen dieser Staaten, die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen, müssen sich darin ergänzen. Der Deutsche Bundestag begrüßt die positive Stellungnahme der EU-Kommission zum Beitrittsantrag Kroatiens.

Der Deutsche Bundestag bekräftigt ebenso die Beitrittsperspektive der Türkei. Mit der Türkei soll die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen beschlossen werden, sobald die politischen Kriterien von Kopenhagen erfüllt sind.

Der Deutsche Bundestag setzt sich dafür ein, dass die Europäische Union auch künftig wie gegenüber Irland, Spanien, Portugal und Griechenland dem Solidaritätsprinzip gegenüber den neuen Mitgliedstaaten verpflichtet bleibt; Deutschland ist dazu bereit. Dabei gilt es, die nachholende Entwicklung der Neumitglieder zu unterstützen, damit das Wohlstandsgefälle zwischen den neuen und alten Mitgliedstaaten verringert werden kann. Der Deutsche Bundestag appelliert insbesondere auch an diejenigen Mitgliedstaaten, Solidarität zu üben, denen es auch dank der Förderung durch die Europäische Union bereits gelungen ist, ihre Wirtschaftsleistung erheblich zu steigern.

Der Deutsche Bundestag setzt sich dafür ein, dass die erweiterte Europäische Union kein Europa wird, das neue Grenzen zieht und neue Trennlinien herbei-

führt, sondern ein Europa, das der Zusammenarbeit, der Demokratie, dem Schutz von Menschen- und Minderheitenrechten, der Toleranz und gleicher Lebenschancen für alle Europäer verpflichtet ist. Die künftige Europäische Union soll im 21. Jahrhundert ihren Bewohnerinnen und Bewohnern Heimat sein und anderen ein starker und zuverlässiger Partner. Die Entwicklung gutnachbarschaftlicher Beziehungen zu Russland und den neuen Nachbarn in Osteuropa, Ukraine, Weißrussland, Moldau und im Mittelmeerraum sind dabei von besonderer Bedeutung.

Die Erweiterung entspricht den politischen und wirtschaftlichen Interessen der jetzigen wie der künftigen Mitglieder der Europäischen Union. Deutschland profitiert aufgrund seiner geographischen Lage und seiner Wirtschaftsstruktur in besonderem Maße von der Erweiterung. Deutschland ist der wichtigste Handels- und Investitionspartner der mittelosteuropäischen Länder und erzielt hohe und steigende Handelsbilanzüberschüsse. Der gesamte deutsche Außenhandel stieg im vergangenen Jahr um 4,5 Prozent; der Handel mit den neuen Mitgliedsländern in Mittelosteuropa dagegen um 13 Prozent auf über 141 Mrd. Euro. Gerade für Deutschland sind die Vorteile der Erweiterung unübersehbar. Aber auch für Ostdeutschland und die deutschen Grenzregionen bedeutet die Erweiterung neue Chancen. Diese Regionen rücken aus ihrer Randlage in die Mitte Europas.

Trotz der unübersehbaren Chancen verbinden viele Menschen in unserem Land Sorgen und Ängste mit der Erweiterung. Es sind dies in erster Linie Sorgen vor verschärftem Wettbewerb, der Verlagerung von Investitionen und Arbeitsplätzen nach Mittelosteuropa, vor illegaler Zuwanderung, grenzüberschreitender Kriminalität und unkalkulierbaren Kosten der Erweiterung. Diese Sorgen und Ängste sind das Ergebnis der dramatischen Veränderungen von 1989/1991 sowie der damit verbundenen Öffnung und der zunehmenden Globalisierung, aber nicht Folge der Erweiterung. Die Erweiterung ist nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung. Die in Zukunft für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union geltenden Sozial-, Umwelt- und Produktionsstandards sowie Wettbewerbsregeln werden den Wettbewerb innerhalb der Europäischen Union ökonomisch und sozial fairer gestalten.

Die Erweiterung ist ein Friedensprojekt, dessen Nutzen in Geld nicht aufzuwiegen ist. Frieden und Stabilität haben einen Wert an sich, wenn man bedenkt, dass die Europäische Union bis zum Jahre 2006 pro Kopf mehr zur Aufrechterhaltung eines fragilen Waffenstillstands auf dem Balkan wird aufbringen müssen als für die Unterstützung der nachholenden Entwicklung der künftigen Mitgliedstaaten.

Dem Deutschen Bundestag sind die Sorgen der ostdeutschen Länder und der strukturschwachen Gebiete Westdeutschlands, u. a. der ostbayerischen Grenzregionen, was die Strukturförderung nach 2006 angeht, bewusst. Trotz erheblicher Fortschritte ist der Aufholprozess großer Teile Ostdeutschlands noch nicht selbsttragend, so dass der Status einer im europäischen Maßstab am stärksten benachteiligten Region fortbesteht. Mit der Erweiterung hat diese Situation jedoch nichts zu tun. Der Deutsche Bundestag setzt sich dafür ein, dass in der künftigen EU-Strukturpolitik die bedürftigsten Regionen mit einem Pro-Kopf-BIP von weniger als 75 Prozent des EU-Durchschnittes der erweiterten EU prioritär gefördert werden und die Gleichbehandlung der neuen Bundesländer mit vergleichbaren Regionen gewährleistet wird.

Der Deutsche Bundestag ist sich der besonderen Situation der Menschen in den deutschen Grenzregionen bewusst, die seit 1989 die Folgen des großen europäischen Umbruchs tagtäglich hautnah spüren. Die Grenzregionen rücken mit der Erweiterung in die Mitte Europas. Für diese Regionen wird es künftig darauf ankommen, über noch mehr grenzüberschreitende Partnerschaften und Wirtschaftsverbindungen die Vorteile und Potenziale der Erweiterung gemeinsam

auszuschöpfen, denn nur in Wachstums- und Wohlstandsmehrung auch der neuen Mitgliedstaaten wird sich die problematische Situation der deutschen Grenzregionen nachhaltig lösen lassen.

Sowohl der Solidarpakt II und die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ einerseits als auch die allgemeine Regionalförderung und die Gemeinschaftsaktion für Grenzregionen der EU andererseits stellen Mittel zur Behebung von Strukturproblemen zur Verfügung. Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die EU-Kommission vorschlägt, auch künftig Mittel für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu reservieren. Er ist aber der Auffassung, dass der Förderung des Zusammenwachsens an den heutigen Außengrenzen und baldigen Innengrenzen ebenso Priorität zukommen muss, wie der Förderung der zukünftigen Außengrenzen der erweiterten EU. Die besondere Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit an den heutigen EU-Außengrenzen für die Gestaltung des neuen Europas sollte auch in der Mitteleinstellung ihren Niederschlag finden. Dabei ist allerdings darauf zu achten, dass keine Förderung nach dem Gießkannenprinzip erfolgt, sondern dass ausschließlich besonders zukunftssträchtige Projekte bezuschusst werden.

Der Deutsche Bundestag weist darauf hin, dass es Deutschland und die Deutschen selbst in der Hand haben, wie sich unser Land in der Europäischen Union entwickelt. Der jetzige Reformprozess zielt darauf ab, dass Deutschland dauerhaft ein Land des Wohlstands und der sozialen Gerechtigkeit bleibt. Die Erweiterung wird bereichernd sein, denn jetzt wird auch auf die Lösungen und Erfahrungen zurückgegriffen werden können, die neue wie alte Mitgliedstaaten entwickelt haben. Und umgekehrt haben die Neumitglieder, die einen so erfolgreichen, aber auch schwierigen Transformationsprozess geleistet haben, ein Interesse daran, die besten Erfahrungen innerhalb der Europäischen Union für ihre eigene Entwicklung zu nutzen. Das ist eine große Chance für Deutschland, aber auch eine große Verpflichtung.

Die Erweiterung erspart weder den neuen Mitgliedstaaten noch den bisherigen die Notwendigkeit von Veränderungen. Zunächst geht es darum, der erweiterten Europäischen Union eine gemeinsame Verfassung zu geben und ihre Handlungsfähigkeit zu stärken. Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die Staats- und Regierungschefs der jetzigen und künftigen Mitgliedstaaten bei ihrem Frühjahrsgipfel in Brüssel beschlossen haben, dass eine Einigung über den Verfassungsvertrag spätestens auf der Tagung des Europäischen Rates im Juni 2004 erzielt werden sollte. Der Deutsche Bundestag setzt sich dafür ein, dass die europäische Verfassung noch unter der irischen Ratspräsidentschaft verabschiedet wird. Mit einer Einigung würde bewiesen, dass der Widerspruch zwischen Erweiterung und Vertiefung nur ein scheinbarer ist und alle Mitgliedstaaten dem Konzept der europäischen Integration verpflichtet sind.

Der Deutsche Bundestag betont, dass es gilt, gemeinsam die Chancen zu einem großen Brückenschlag zu nutzen – nicht nur in der Wirtschaft und den Institutionen, sondern zu aller erst zu den Menschen, die sich in über 40 Jahren in Ost und West fremd geworden sind. Dabei gibt es viel zu entdecken an gemeinsamer europäischer Kultur und Geschichte und an neuem europäischen Elan. Gemeinsam sind die neuen und alten Mitglieder stark, solange sie ihre Gemeinsamkeiten erkennen und zusammenstehen. Alle zusammen werden durch die Vielfalt der europäischen Kulturen und Traditionen bereichert.

Der Deutsche Bundestag ruft die Bürgerinnen und Bürger eindringlich dazu auf, an den Europawahlen teilzunehmen. Die diesjährigen Europawahlen sind nicht zuletzt ein großer, die Grenzen des Eisernen Vorhangs endgültig überwindender Vorgang, der der erweiterten Europäischen Union eine neue parlamentarische Legitimität gibt.

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die Chancen zu einem großen Brückenschlag zu nutzen und alles dafür zu tun, die Menschen über die Vorteile der Erweiterung aufzuklären, damit die damit verbundenen Chancen nicht vertan werden;
- sich dafür einzusetzen, dass bei der EU-Regionalpolitik ab 2007 Ostdeutschland gleichbehandelt wird mit vergleichbaren Regionen, insbesondere dass die Förderhöhe sich nur nach dem regionalen, nicht aber dem nationalen Wohlstand bemisst; Investitionen in Zukunftsfeldern wie Innovation, Forschung und Bildung ist dabei ein größtmöglicher Stellenwert einzuräumen;
- sich dafür einzusetzen, dass bei der künftigen EU-Regionalpolitik im Rahmen der grenzüberschreitenden und transnationalen Zusammenarbeit die Regionen an den bisherigen Außengrenzen der Europäischen Union in besonderem Maße gefördert werden;
- dafür Sorge zu tragen, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zum Wohle beider Seiten Förderung erfährt; Maßnahmen, die dem Austausch zwischen den Menschen auf beiden Seiten der Grenze dienen, sollten prioritär gefördert werden. Dabei gilt es, durch eine gezielte Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Kontakte das zusammenwachsende Europa erfahrbar zu machen;
- sich dafür einzusetzen, dass gemäß der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 25./26. März 2004 weitere Anstrengungen unternommen werden, um gegen steuerschädliche Maßnahmen im Binnenmarkt vorzugehen;
- dafür Sorge zu tragen, dass die Integration in einer Verantwortungsgemeinschaft von alten und neuen Mitgliedstaaten gelingt und die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Polen und der Tschechischen Republik als unmittelbare Nachbarn weiter ausgebaut wird;
- darauf hinzuwirken, dass durch die neuen Außengrenzen keine Grenz- und Trennlinien in Europa entstehen und durch neue Kooperationsformen wie dem Nachbarschaftsinstrument die neuen Nachbarn im Osten Europas und im Mittelmeerraum gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union am Gedeihen des europäischen Kontinents teilhaben können;
- sich dafür einzusetzen, dass die Regierungskonferenz dem Verfassungsentwurf noch während der irischen Präsidentschaft zustimmt;
- nichts unversucht zu lassen, damit eine Lösung des Zypern-Problems herbeigeführt wird;
- darauf hinzuwirken, dass der Fahrplan für Bulgarien und Rumänien beibehalten wird, damit beide Länder nach erfolgreichem Abschluss der Beitrittsvorbereitungen im Jahr 2007 Mitglieder der Europäischen Union werden können.

Berlin, den 28. April 2004

**Franz Müntefering und Fraktion**  
**Katrin Göring-Eckardt, Krista Sager und Fraktion**





